



focus 6/12
Oktober

Wir sollten unseren Wohnflächenverbrauch überdenken

Wohnungsknappheit, steigende Immobilienpreise und Verdrängung angestammter Bevölkerung aus den Zentren sind die zentralen Probleme, die es durch städtische Wohnbaupolitik zu bekämpfen gilt. Der Lösungsansatz scheint einfach: neuer Wohnraum, am besten preisgünstig, ist zu schaffen. Diese Idee ist nicht neu und wird denn auch bereits fleissig umgesetzt. In Städten wurden ehemalige Industrieareale mit neuen Siedlungen überbaut oder durch Ersatzneubauten eine Nachverdichtung realisiert. Insbesondere letzteres gilt zudem deshalb als eigentliches Verdikt, da dies den haushälterischen Umgang mit dem Boden fördere.



Der steigende Wohnflächenverbrauch ist neben dem Bevölkerungswachstum zentrale Ursache für die Wohnungsknappheit. Gestiegener Lebensstandard breiter Bevölkerungsgruppen und die abnehmende Haushaltsgrösse aufgrund zunehmender Individualisierung und demographischer Alterung sind dabei die zentralen Gründe. Da Bestandsmieten so viel tiefer als die Angebotsmieten sind, verbleiben viele auch nach Auszug der Kinder oder Partner in ihren Wohnungen, auch wenn sie ihren Wohnraum als zu gross bewerten. Bereitschaft für einen Wohnungswechsel ist häufig erst gegeben, wenn keine finanziellen Nachteile daraus entstehen.

Was fehlt sind Anreize, weniger Fläche zu verbrauchen. Eine Lenkungsabgabe auf einen hohen Flächenverbrauch pro Kopf wäre hier eine valable Option, die über das Verursacherprinzip wirken würde. Sie würde in den meisten Fällen nur diejenigen treffen, die es sich leisten können. Neben der direkten Wirkung auf den Wohnflächenverbrauch könnten bei einer flächendeckenden und zweckgebundenen Lenkungsabgabe zudem weitere Massnahmen zur Förderung preisgünstigen Wohnraums finanziell unterstützt werden. Und sie würde wohl auch dazu führen, dass bei Neubauten wieder andere Wohnungsgrundrisse gebaut würden und damit eine neue Vielfalt entstehen könnte.

Dr. Corinna Heye
Geschäftsführerin raumdaten GmbH

Aber führt bauliche Verdichtung wirklich zu einer höheren Bevölkerungsdichte? Unbestritten, die Ersatzneubauten, die in den letzten Jahren gebaut wurden, haben zu einer baulichen Verdichtung geführt. Gleichzeitig hat sich dadurch aber auch der Wohnflächenverbrauch pro Kopf deutlich erhöht, was auch an den typischen Wohnungsgrundrissen in Neubauten mit ihren grosszügigen Wohn- und Essbereichen liegt. Wenn in den Ersatzneubauten 2.5-Zimmerwohnungen mit 90 m² entstehen, mag dies zwar verdichtet gebaut sein. Da aber in eine solche Wohnung faktisch nur ein Einpersonenhaushalt ziehen kann, führt bauliche Verdichtung auf diese Weise nicht dazu, dass Wohnraum für mehr Personen zur Verfügung steht, sondern vielmehr dazu, dass wenige Personen mehr Wohnraum haben.

Liebe Leserin, lieber Leser

Die Lage auf dem Schweizer Wohnungsmarkt ist vielerorts angespannt. Trotz hoher Bautätigkeit ist der Leerwohnungsbestand weiterhin tief. Das knappe Wohnungsangebot und die grosse Nachfrage lassen die Mieten der auf dem Markt verfügbaren Wohnungen steigen. Am stärksten betroffen sind Städte und Agglomerationen. Die Gründe dafür sind vielfältig.

Diese Ausgabe des «focus» beschäftigt sich mit aktuellen wohnpolitischen Herausforderungen und diskutiert die Rolle, die Städte und Gemeinden, aber auch der Bund hierbei einnehmen.

Ihre focus-Redaktion



Inhalt

Wir sollten unseren Wohnflächenverbrauch überdenken	1
«Wir wollen nicht nur Wohnraum, sondern auch Arbeitsplätze bieten»	2
Gemeinsam ein ausgewogenes Wohnraumangebot schaffen	3
Sessionsrückblick, Vernehmlassungen	4
Integrationsdialog, WKK Strategie, Herbstkonferenz der SI Bildung	5
Agenda	6

«Wir wollen nicht nur Wohnraum, sondern auch Arbeitsplätze bieten»

Yves Menoud, Stadtmann von Bulle



Die Bevölkerung von Bulle hat sich in 10 Jahren fast verdoppelt. Welche Auswirkungen hatte dieser Zuwachs auf die Wohnbaupolitik Ihrer Stadt?

Ich würde eher von 25 Jahren sprechen, in denen sich die Bevölkerung von Bulle verdoppelt hat. Denn die neue Stadt Bulle ist auch das Ergebnis der Fusion im 2006 mit der Gemeinde La Tour-de-Trême und ihren 3500 Einwohnern. Sie hat das Bevölkerungswachstum wesentlich vorangetrieben, so dass Bulle fünf Jahre nach der Fusion bereits 20 000 Einwohner zählte. Und Bulle wächst exponentiell weiter: die Prognose für 2025 sagen 35 000 Einwohner voraus.

Das Kernstück unserer Wohnbaupolitik ist unser Ortsplan. Auf 2025 ausgerichtet, geht er von 25 000 Einwohnern aus. Er böte aber auch Wohnraum für 35 000 Menschen, wenn die gesamte Fläche genutzt und die Verdichtung erhöht würde. Kulturland soll dafür nicht verwendet werden, zuerst gilt es die Stadt zu «füllen». Und genau da liegt die Herausforderung. Wir können nicht endlos horizontal verdichten, daher müssen wir es wagen, höher zu bauen, als bisher erlaubt.

Welches sind aktuell Ihre wohnbaupolitischen Schwerpunkte?

Eine der grössten Sorgen von Bulle besteht darin, dass die Gemeinde selber kaum mehr

Bauland besitzt. Der Grossteil des für den Wohnungsbau geeigneten Baulands ist in privater Hand. Grössere Probleme bestehen beim fehlenden Bauland für Industrie und Gewerbe. Dieses befindet sich meist im Besitz von Landwirten, die ihr Land nicht verkaufen oder Gegenleistungen dafür wollen, die wir nicht erbringen können. Wir brauchen dieses Land, um den Unternehmen, die sich in Bulle niederlassen oder erweitern wollen, genügend Industrie- und Gewerbeland zur Verfügung stellen zu können. Denn wir wollen nicht nur Wohnraum, sondern auch Arbeitsplätze bieten, um zu verhindern, dass Bulle zu einer Schlafstadt wird.

Der Bund will Städte und Gemeinden wohnbaupolitisch stärker unterstützen – was erwarten Sie diesbezüglich?

Ich bin der Ansicht, dass wir uns zuerst selber helfen sollten. Um Lösungen für die wohnpolitischen Herausforderungen unserer Stadt zu finden, müssen wir uns fragen: Warum wächst Bulle so schnell? Ein Grund sind sicherlich die Bodenpreise, die tiefer sind als in Bern oder im Genferseebogen. Die Attraktivität von Bulle resultiert auch aus der Lebensqualität, die sie bietet. Sie ist eine Stadt auf dem Land. 500 Meter von Bulle entfernt findet man sich mitten in der Natur wieder. Verlässt man die Lausanner Vorstadt, stösst man bereits auf die nächste Stadt.

Doch auch die Steuervorteile, die sozialen Strukturen, das Sport- und Kulturangebot sowie die verbesserte Mobilität dank Autobahn, Umfahrungsstrasse und S-Bahn tragen zur Standortattraktivität von Bulle bei.

Trotz Wohnungsbestandszuwachs liegt die Leerwohnungsziffer der Stadt Bulle sehr nahe am kritischen Wert von 0,2% – ein besorgniserregender Trend?

Es stimmt, in Bulle haben wir kaum freie Wohnungen. Ist eine Wohnung fertig gebaut, wird sie gleich vermietet oder verkauft. Das ist die Folge der Standortattraktivität. Sorgen bereitet mir diese Tatsache aber nicht. Es hat genügend Land für den Wohnungsbau und aktuell stehen rund 20 Kräne in Bulle. Auf diese Bautätigkeit haben wir indes keinen Einfluss, die diktiert der Markt. Wir fokussieren darauf, Unternehmen zu finden, die sich in Bulle niederlassen und weiterentwickeln wollen, und dafür genügend Land zur Verfügung zu stellen. Wir haben auch bereits Interessenten, aber leider fehlt uns das Land. Nichtsdestotrotz hoffen wir, in nächster Zukunft 120 000 m² umzonen und zu diesem Zweck erwerben zu können.

Wie sieht Bulle in 20 Jahren aus?

Bulle wird noch städtischer sein. Keine Schlafstadt, sondern eine Stadt zum Wohnen und Arbeiten. Eine urbane Gesellschaft, deren Bürgerinnen und Bürger aber weiterhin füreinander da sein werden und die sich als «bulloise» versteht. All dies wird in Zusammenarbeit mit der Region Gruyère erreicht werden. Und alle werden davon profitieren.

Yves Menoud, Stadtmann von Bulle

Der 59-jährige Ökonom begann seine politische Karriere (CVP) 1991 als Mitglied des Parlaments und später der Exekutive von La Tour-de-Trême. Nach der Fusion mit Bulle 2006 übernahm er das Amt des Vize-Stadtmanns von Bulle und wurde 2009 zum Stadtmann gewählt. Seit 2001 ist er Mitglied des Grossen Rates des Kantons Freiburg. Hauptberuflich ist er im Bankensektor tätig und wohnt mit seiner Familie in La Tour-de-Trême.

Gemeinsam ein ausgewogenes Wohnraumangebot schaffen

Dr. Ernst Hauri, Direktor des Bundesamtes für Wohnungswesen (BWO)

Das Bevölkerungswachstum, tiefe Zinsen, gestiegene Einkommen und die Präferenz für das urbane oder stadtnahe Wohnen beeinflussen den Wohnungsmarkt grundlegend und führen zu Knappheit und Preissteigerungen. Um diesen Herausforderungen und jenen, die sich am Horizont abzeichnen, zu begegnen, braucht es gemeinsame Anstrengungen aller föderalen Ebenen.

Grosse Dynamik prägt seit einigen Jahren die Wohnungsmärkte in den Städten und Agglomerationen. Wichtigste Treiber sind das Bevölkerungswachstum, tiefe Zinsen, gestiegene Einkommen und eine weit verbreitete Präferenz für das urbane oder stadtnahe Wohnen. Trotz hoher Bautätigkeit kommt es bei Mieterwechseln zu starken Mietzinsanstiegen. Und die Preise von Eigentumswohnungen haben vielerorts ein Niveau erreicht, das die finanziellen Möglichkeiten mittelständischer Kaufwilliger übersteigt. Zudem geht wegen Ersatzneubauten und Umwandlungen von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen preisgünstiger Wohnraum verloren. Für Wohnungssuchende sind die Schattenseiten dieser Entwicklung vielerorts offensichtlich geworden. Etwa in Genf, wo immer häufiger auf der Suche nach bezahlbarem Wohnraum ins grenznahe Ausland ausgewichen wird; oder in Tourismusgebieten und anderen attraktiven Gemeinden, wo es für junge Einheimische immer schwieriger wird, eine Wohnung zu finden.

Gemeinnützigen Wohnbau fördern

Als Korrektiv zu dieser Marktentwicklung wirken vielerorts die Wohnungen der gemeinnützigen Bauträger. Die Angebote der Baugenossenschaften, Stiftungen und gemeinnützigen Aktiengesellschaften sind dank Anwendung der Kostenmiete langfristig preisgünstig. Sie sorgen dafür, dass auch Personen und Familien mit knappen finanziellen Mitteln an gesuchten Lagen wohnen können. Sie leisten so einen Beitrag für eine durchmischte Wohnbevölkerung, die zentral ist für eine nachhaltige Stadt- und Gemeindeentwicklung. Deshalb unterstützt der Bund mit Finanzierungshilfen den Neubau und die Erneuerung von Wohnungen gemeinnütziger Bauträger. So nötig es wäre – im aktuellen Umfeld ist es für die gemeinnützigen Investoren sehr schwierig geworden, ihr

Wohnungsangebot auszudehnen. Vor allem mangelt es an geeigneten Grundstücken. In seinem Bericht vom 4. Juli 2012 über die Personenfreizügigkeit und die Zuwanderung in die Schweiz hat der Bundesrat auf die Marktprobleme im Zusammenhang mit dem Bevölkerungswachstum hingewiesen und unser Amt beauftragt zu prüfen, wie den gemeinnützigen Bauträgern der Zugang zu Grundstücken und Bauland erleichtert werden könnte.

Die Herausforderungen

Ohne die Resultate des Prüfauftrags vorwegzunehmen: Der Spielraum des Bundes ist eng, und die in seiner Kompetenz möglichen Massnahmen werden allein nicht ausreichen, um den Herausforderungen zu begegnen, die sich am Horizont abzeichnen. Eine wirtschaftlich starke Schweiz wird auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen bleiben. Es braucht somit auch künftig eine hohe Neubautätigkeit, um auf dem Wohnungsmarkt Knappheit und Preissteigerungen zu verhindern. Die neuen Wohnungen dürfen jedoch Landschaft und Kulturland nicht beeinträchtigen, sie müssen möglichst im bestehenden Siedlungsgebiet erstellt werden. Die Energiewende erfordert eine Intensivierung von Gebäudesanierungen. Diese sind jedoch so zu gestalten, dass die Kostenfolgen für die Bewohnerschaft tragbar bleiben. Und schliesslich dürfen auch künftig die besonderen Wohnbedürfnisse verschiedener Gruppen (betagte Menschen, Menschen mit Behinderungen etc.) nicht vergessen gehen.

Städtische Wohnbaupolitik

Angesichts dieser Zielkonflikte ist es erfreulich festzustellen, dass sich immer mehr Städte und Gemeinden mit ihrer Wohnungsmarktsituation auseinandersetzen, und dass sie die Ergebnisse einer allein dem Markt

überlassenen Wohnungsversorgung hinterfragen und Überlegungen anstellen, wie und wohin sie die künftige Entwicklung lenken möchten. Sie nutzen ihre raumplanerischen Kompetenzen aus, um die unterschiedlichen Nutzungsbedürfnisse ausgewogen zu befriedigen. Sie werden bodenpolitisch aktiv und gewähren gemeinnützigen Investoren Baurechte. Sie nehmen sozialpolitische Anliegen auf und suchen nach Lösungen für die Wohnungsversorgung für Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Sie können dabei auf Entscheidungsgrundlagen zurückgreifen, die das BWO in seiner Forschungstätigkeit erarbeitet und unter anderem an den Grenchner Wohntagen vermittelt. Wie die diesjährige Tagung zeigt, werden die bis jetzt noch häufig punktuellen Massnahmen vermehrt zu eigentlichen kommunalen Wohnraumstrategien gebündelt und sogar manchmal mit jenen der Nachbargemeinden und des Kantons koordiniert. Es ist zu hoffen, dass weitere Städte und Gemeinden diesen Beispielen folgen. Denn es braucht gemeinsame Anstrengungen aller föderalen Ebenen, damit auch in Zukunft überall qualitativ guter und erschwinglicher Wohnraum für die ganze Bevölkerung zur Verfügung steht.

Dr. Ernst Hauri



Ernst Hauri hat an der Universität Zürich studiert und mit dem Dr. phil. abgeschlossen. Seit 1987 ist er für das Bundesamt für Wohnungswesen (BWO) tätig. Dort leitete er unter anderem den Bereich Grundlagen und Information, der sich insbesondere mit der Wohnungsmarktforschung befasst. 2011 wurde er zum Amtsdirektor ernannt. Ernst Hauri ist 57 Jahre alt, verheiratet und Vater von zwei erwachsenen Söhnen.

Rückblick auf die Herbstsession

Nein, «urban farming» war kein zentrales Thema in der mehrtägigen Agrardebatte im Nationalrat. Während die 13,8 Milliarden Franken für die Landwirtschaft noch vom Ständerat bestätigt werden müssen, sind die gut 26 Milliarden für Bildung, Forschung und Innovation bereits unter Dach und Fach.

Eile und Weile in der Asylgesetzrevision

Bei der Asylgesetzrevision beschlossen die Räte verschiedene dringliche Neuerungen. Dazu gehören spezielle Zentren für renitente Asylsuchende, die bewilligungsfreie Umnutzung von Bundesbauten bis drei Jahre und die Erlaubnis für den Bundesrat, beschleunigte Asylverfahren ausserhalb des Gesetzes zu testen. Noch nicht entschieden ist die Frage, ob Asylsuchende nur noch Nothilfe statt Sozialhilfe erhalten sollen. Der Ständerat sprach sich dagegen aus, weil Asylsuchende schon heute rund 30 Prozent weniger erhalten. Das Geschäft geht wieder in den Nationalrat.

Sozialpolitische Weichenstellungen

Die Tätigkeiten der Sozialwerke sollen besser koordiniert werden. Der Nationalrat

stimmte einer Motion zu, die ein Rahmengesetz für die Sozialhilfe auf nationaler Ebene fordert. Nun ist der Ständerat am Zug. Nach dem Nationalrat stimmte auch der Ständerat einer Motion zu, die auf Einkommen von mehr als 315 000 Franken ein Solidaritätsprozent erhebt, das in die Sanierung der Arbeitslosenversicherung fliesst. Weiter beschloss der Ständerat, bis in vier Jahren die Rückerstattungspflicht des Heimatkantons in der Sozialhilfe aufzuheben. Weil damit zahlreichen Städten beträchtliche Mittel entgehen, bedauert der Städteverband, dass keine Kompensation dieser Ausfälle vorgesehen ist.

Mittel für Verkehrsinfrastrukturen

Der Nationalrat hiess als Zweitrat die Leistungsvereinbarung für den Bau und Unterhalt der Infrastruktur von SBB sowie der Privatbahnen gut. Die Vereinbarung über 9,45 Milliarden Franken für die nächsten vier Jahre ist die letzte dieser Art, bevor mit der FABI-Vorlage ein neues Finanzierungssystem kommen soll. Wie bisher kommen auch künftig 50 statt 60 Prozent der Mineralölsteuer-Erträge dem Strassenverkehr zugute. Der Städteverband

ist froh, dass sich der Ständerat für diese bewährte Aufteilung entschied. Eine Motion, welche die Mineralölsteuer-Erträge vollumfänglich in den Strassenbau lenken wollte, blieb im Nationalrat chancenlos.



Elektroheizungen und E-Mobilität

Für den Nationalrat ist die Zeit der Elektroheizungen abgelaufen. Er beauftragte den Bundesrat, Rahmenbedingungen auszuarbeiten, damit bis 2025 alle Elektroheizungen ersetzt sind. Weiter will die Grosse Kammer, dass der Bundesrat einen Masterplan zur Elektromobilität erstellt, der beispielsweise Unterstützung für ein Netz von Elektrotankstellen beinhalten könnte. Der Ständerat muss beiden Motionen ebenfalls zustimmen.

Vernehmlassungen

Ausschaffungsinitiative – Völkerrecht soll bei Umsetzung respektiert werden

In seiner Stellungnahme zur Umsetzung der Ausschaffungsinitiative setzt sich der Städteverband für die vom Bundesrat favorisierte Variante 1 ein. Wichtig ist für die Städte, dass auch in Zukunft internationale Abkommen respektiert werden. Die von den Initianten bevorzugte Umsetzungsvariante 2 erfüllt diesen Anspruch nicht und wird von den Städten abgelehnt. Auch Variante 1 kann allerdings die Verpflichtungen aus dem Freizügigkeitsabkommen nicht vollständig einhalten, was die Städte bedauern. Der SSV hat zu einzelnen Punkten konkrete Änderungen vorgeschlagen. Er hat u.a. beantragt, dass für Jugendliche und junge Erwachsene bis 25 Jahre, welche in der Schweiz aufgewachsen sind, Ausnahmebestimmungen festgelegt werden. Diese sind meist gut integriert und bei einer Ausschaffung in ihr Herkunftsland würden sie aus ihrem Umfeld herausgerissen und wären

nicht selten auf sich allein gestellt, teilweise ohne Kenntnis der jeweiligen Landessprache.

Fanzüge: Städte für umsetzbare Beschränkung der Transportpflicht

Der Städteverband begrüsst die vorgesehene Lockerung der Transportpflicht, mit der Fans dazu angehalten werden, mit Extrazügen zu Sportveranstaltungen anzureisen. Die Massnahme kann die Arbeit der städtischen Sicherheitskräfte vereinfachen. Dies aber nur, wenn einige offene Fragen zur Umsetzbarkeit beantwortet werden. So ist für die Städte klar, dass die Arbeit in den Extrafahrzeugen primär von Vertretern der Clubs und durch die Transportpolizei zu leisten ist. Entscheidend ist, dass deren Aktivitäten mit den städtischen Behörden abgesprochen werden. Die Gastclubs sollen mit klaren Haftungsbestimmungen etwa für Schäden an den Zügen in die Pflicht genommen werden. Gegenstand der vorgesehenen Vereinbarungen zwischen

www.staedteverband.ch/Politik/Vernehmlassungen

Transportunternehmen und Clubs muss sowohl An- als auch Abreise der Fans sein. Den Städten ist aber auch wichtig, dass erkennbar friedliche Fans nach wie vor mit den fahrplanmässigen Verbindungen reisen können.

Bericht über Beseitigung von Rassendiskriminierung – Städte gehen voran

Seit die Schweiz das Internationale Abkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung unterzeichnet hat, muss sie gegenüber der UNO regelmässig über Aktivitäten zur Umsetzung des Abkommens berichten. Für den neusten Bericht wurden Massnahmen aus verschiedenen Städten dokumentiert. Dazu gehören Beispiele für den interkulturellen Dialog, der in einzelnen Städten gepflegt wird oder die Sensibilisierung für den diskriminierungsfreien Zugang zu Wohnraum. Viele Städte achten auch in der Frühförderung besonders auf die Verbesserung der Chancengleichheit aller Kinder.

Die TAK-Partner lancieren einen Integrationsdialog mit der Wirtschaft

Die Schweizer Wirtschaft ist auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen. Die Zahl ausländischer Personen, die in der Schweiz leben, wächst. Bund, Kantone, Städte und Gemeinden sind bestrebt, diese Menschen hier einzugliedern. Nun ruft die Tripartite Agglomerationskonferenz (TAK), in der der Städteverband vertreten ist, einen Integrationsdialog ins Leben. Ziel ist es, gemeinsame Initiativen von staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren zur Verbesserung der Integration zu fördern. Zunächst soll die Wirtschaft vermehrt in die Integrationsbemühungen einbezogen werden.

Dieser Integrationsdialog mit der Arbeitswelt wird sowohl auf schweizerischer als auch auf regionaler und lokaler Ebene stattfinden. Lanciert wird er von Bundesrätin Simonetta Sommaruga und Spitzenvertretern aus Kantonen, Städten und Gemeinden sowie von Wirtschaft und Gewerkschaften mit einem

Gipfeltreffen und einer Medienkonferenz am 30. Oktober 2012 in Bern. Neben dem gemeinsamen Bekenntnis zur Förderung von Integration und Chancengleichheit werden Pilotprojekte vorgestellt und verbindliche Aussagen über deren Weiterverbreitung bzw. Etablierung gemacht. In einem weiteren Schritt sind die Partner des Integrationsdialogs aufgerufen, den Dialog auf regionaler und lokaler Ebene zu verankern, die Öffentlichkeit zu sensibilisieren und KMU zum Mitmachen zu animieren.

Neben dem Dialog mit der Arbeitswelt sind in den kommenden Jahren weitere Dialoge mit Akteuren der Frühförderung (medizinisches Personal, Personal ausserfamiliärer Kinderbetreuungseinrichtungen etc.) sowie der Zivilgesellschaft (z.B. Vereine ausgewählter Herkunftsgruppen, Religionsgemeinschaften) vorgesehen.

www.staedteverband.ch



Herbstkonferenz der SI Bildung

Die Städteinitiative Bildung hat am 7. September 2012 in Olten ihre Herbsttagung durchgeführt. Wichtiges Traktandum war die Verabschiedung eines neuen Grundlagenpapiers. Unter dem Handlungsfeld «Die Schule ist als Lern- und Lebensort zu gestalten» werden Standards für das Angebot von schul- und familienergänzender Betreuung definiert. Städte haben als Wohn- und Wirtschaftsstandorte eine wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe und setzen Massstäbe für bedürfnis- und kindergerechte Tagesstrukturen; umgekehrt ist schul- und familienergänzende Betreuung ein wichtiger Standortvorteil. Die definitive Fassung des Grundlagenpapiers liegt ab dem 1. November 2012 vor.

www.staedteinitiative-bildung.ch

Für eine ganzheitliche Energiepolitik

Im Vorfeld der Eröffnung der Vernehmlassung über die Energiestrategie 2050 erinnerte der Städteverband gemeinsam mit Partnerorganisationen an die Bedeutung einer ganzheitlichen Perspektive in der Energiepolitik. Ein Ansatz dafür ist das Konzept der Konvergenz von Strom-, Gas- und Wärmenetzen. Aufeinander abgestimmte Netze erleichtern die Netzsteuerung und schaffen Möglichkeiten zur Energiespeicherung. Ein wichtiges Element in einem System konvergenter Netze ist die Wärme-Kraft-Kopplung (WKK). Indem WKK-Anlagen Strom und Wärme produzieren, steigern sie die Energieeffizienz und schonen die Umwelt. Ein Diskussionspapier zeigt, wie WKK zu einem wichtigen Element der neuen Energiepolitik werden kann.

www.staedteverband.ch, www.swisspower.ch

Kurzmeldungen

Regensdorf ist die 300. Energiestadt

Städte und Gemeinden spielen eine Schlüsselrolle bei der Energiestrategie 2050, die der Bundesrat Ende September in die Vernehmlassung geschickt hat. Ein zentrales Instrument für eine nachhaltige lokale Energiepolitik ist das Energiestadt-Programm. Mehr als die Hälfte der Schweizer Bevölkerung lebt in einer Energiestadt. Am 6. Oktober wurde die Zürcher Gemeinde Regensdorf als 300. Energiestadt ausgezeichnet. Der Städteverband gratuliert seinem Mitglied herzlich.

17. Grenchner Wohntage

Unter dem Motto «Kommunale Wohnraumstrategien – die Kunst, individuelle Vorlieben und übergeordnete Interessen zu verknüpfen» nimmt sich die Fachtagung vom 8. November 2012 Fragen rund ums Wohnen an und zeigt mögliche Vorgehensweisen auf, wie Gemeinden auf die Wohnbedürfnisse der Wohnungssuchenden eingehen und eine wirkungsvollere kommunale Wohnraumstrategie umsetzen können.

Informationen: www.grenchnerwohntage.ch

Neue Herausforderungen Smart Cities

Mit Informations- und Kommunikationstechnologien Ressourcen intelligenter und effizienter einsetzen – dies ist das Konzept von «Smart City». Energiestädte haben gute Voraussetzungen, ihr Engagement für Energieeffizienz und erneuerbare Energien mit diesen smarten Technologien zu verbinden. Mehr dazu an der Tagung «Smart Cities – Neue Herausforderungen für Energiestädte», die am 16. November unter dem Patronat des Städteverbandes in Winterthur stattfindet.

Informationen: www.energiestadt.ch

Strategien zur Belebung der Ortszentren

Viele Orts- und Stadtzentren erfahren durch den wegbrechenden Detailhandel einen tiefgreifenden Strukturwandel. Dieser hat Auswirkungen auf die gesamte Stadt- und Gemeindeentwicklung und erfordert ein aktives Vorgehen der betroffenen Gemeinden. Das Netzwerk Altstadt zeigt am 28. November 2012 in Biel im Rahmen einer Tagung Werkzeuge und Strategien auf, wie auf die Veränderungen reagiert werden kann.

Informationen: www.netzwerk-altstadt.ch

Agenda

Schweizerischer Städteverband SSV

29./30. August 2013 **Städtetag 2013** in St. Gallen (**zum Vormerken**)
Weitere Auskünfte: Christina Grab, Telefon 031 356 32 32, info@staedteverband.ch

Städtekonferenz Mobilität

22. November 2012 **Herbstanlass** in Bern
Weitere Auskünfte: Roman Widmer, Telefon 031 356 32 32, roman.widmer@skm-cvm.ch

Städteinitiative Sozialpolitik

9. November 2012 **Herbstkonferenz**
Weitere Auskünfte: Ursi Krajnik-Schweizer, Telefon 044 412 67 36, ursi.krajnik@zuerich.ch

Städtekonferenz Kultur

25. / 26. Oktober 2012 **Delegiertenkonferenz** in Luzern
Weitere Auskünfte: Jürg Kobel, Telefon 033 225 84 35, juerg.kobel@thun.ch

Weitere Organisationen

7. November 2012 **Städteworkshop 12 «Baustellen in der Einkaufszone - nur ein Ärgernis?..»** in Olten (Patronat SSV)
Weitere Auskünfte: Stadtmarketing Schweiz, Telefon 062 216 90 40, info@stadtmarketingschweiz.ch

8./9./14. November 2012 **Grenchner Wohntage** in Grenchen
Weitere Auskünfte: Lukas Walter, Telefon 032 654 91 93, lukas.walter@bwo.admin.ch

13. November 2012 **6. Nationales eGovernment-Symposium** in Bern
Weitere Auskünfte: www.egovernment-symposium.ch

16. November 2012 **Smart Cities** in Winterthur (Patronat SSV)
Weitere Auskünfte: Stefanie Huber, stefanie.huber@enco-ag.ch

19. November 2012 **Netzwerktagung für altersfreundliche Schweizer Städte** in Bern (Patronat SSV)
Weitere Auskünfte: Fabienne Käser, Telefon 031 321 77 94, fabienne.kaeser@bern.ch

28. November 2012 **Tagung Netzwerk Altstadt «Die Läden ziehen aus - was nun?»** in Biel (Patronat SSV)
Weitere Auskünfte: Edith Egger, edith.egger@vlp-aspan.ch, www.netzwerk-altstadt.ch

Impressum

Herausgeber: Schweizerischer Städteverband (SSV), Monbijoustrasse 8, Postfach 8175, 3001 Bern

Redaktion: Renate Amstutz, Ariane Gigon (und Übersetzungen), Christina Grab, Barbara Jenni, Sybille Oetliker, Martin Tschirren, Roman Widmer

Bildnachweis: Christian Schwager, Elisabeth Real (Seite 3), Parlamentsdienste (Seite 4)

Telefon 031 356 32 32, Telefax 031 356 32 33, www.staedteverband.ch

Newsletter abonnieren: info@staedteverband.ch